

Es darf nie wieder geschehen!

Täter verdrängen die Geschichte, die Opfer vergessen sie niemals

Der **9. November** wurde zum Internationalen Tag gegen Faschismus und Antisemitismus erklärt. Damit soll an die große Judenverfolgung in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 erinnert werden. In ganz Deutschland wurden Synagogen angezündet, jüdische Geschäfte und Wohnungen ausgeplündert sowie zahlreiche Menschen verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Nach den zahllosen zerbrochenen Schaufenstern mit ihren im Licht blitzenden Splittern und Scherben wurde diese Aktion von den Nazis spöttisch „Reichskristallnacht“ genannt. Manchmal gingen die Zerstörungen sogar den Machthabern zu weit, weil ihrer Meinung nach „Volkseigentum“ zerstört wurde. Auch wenn nur wenige Menschen, die nicht der SA oder SS angehörten, aktiv an den Zerstörungen beteiligt waren, sahen die meisten zu und nur sehr wenige leisteten ihren jüdischen Nachbarn Hilfe.

Der Novemberpogrom in Österreich

Auch in Österreich, wo der Einmarsch Hitlers erst wenige Monate zurücklag, gab es Angriffe gegen die jüdische Bevölkerung. In Wien wurden im Verlauf des Pogroms, der hier mehrere Tage dauerte, 42 Synagogen und Bethäuser in Brand gesteckt und verwüstet. Tausende jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden geplündert und zerstört. 6.547 Wiener Juden kamen in Haft, 3.700 davon in das KZ Dachau: Viele von ihnen wurden in Dachau, Buchenwald und anderen Konzentrationslagern ermordet. Auch in den Bundesländern wurden Synagogen zerstört sowie jüdische Geschäfte und Wohnungen geplündert und jüdischer Besitz beschlagnahmt. Die blutigsten Ausschreitungen ereigneten sich in Innsbruck, wo Nationalsozialisten in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 drei Menschen ermordeten; ein weiterer Mann erlag kurze Zeit später seinen Verletzungen; vier ältere Menschen warf man kurzerhand in die Sill.

Diese Aktion war für die Nazis ein Test, um zu sehen, wie weit sie gehen konnten. Dass sich kein Protest und kein Widerstand in der Bevölkerung erhoben, gab den Nazis grünes Licht, eine neue Phase der Verfolgung jüdischer Menschen einzuleiten. Der nationalsozialistische Terror gipfelte in der systematischen Vernichtung von Millionen von Menschen, die aufgrund ihrer Überzeugung oder ihrer „rassischen“ Zugehörigkeit in Konzentrationslager eingesperrt

wurden. Zu unmenschlicher Arbeit gezwungen starb ein Großteil von ihnen dort wegen Überarbeitung, Kälte und Hunger oder sie wurden in den Gaskammern vergiftet. Millionen starben auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs. Diese Entwicklung wäre nicht möglich gewesen, wenn hinter Hitler nicht das Kapital gestanden wäre und viele Firmen große Profite durch Krieg und Zwangsarbeit gemacht hätten. Aber auch nicht, wenn nicht große Teile der Bevölkerung bereit gewesen wären, mitzumachen.

Auseinandersetzung statt Verleugnung!

Viele behaupteten später, sie hätten von all den Verbrechen nichts gewusst. Das entspricht aber nicht der Wahrheit. Wir haben z.B. aus Erzählungen von ZeitzeugInnen erfahren, dass täglich Häftlinge des KZ-Außenlagers Hallein durch die Stadt zur Zwangsarbeit im Steinbruch getrieben wurden. Die Bevölkerung wurde angehalten, zu diesem Zeitpunkt nicht aus ihren Häusern zu kommen und die Kinder mussten Umwege auf ihrem Schulweg machen, um ihnen nicht zu begegnen. Doch noch heute sind viele nicht bereit, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und leugnen die Existenz dieses KZs. Auch der ORF. Kürzlich wurde eine Dokumentation der Widerstandskämpferin Agnes Primocic ausgestrahlt, doch die Passagen, die sich auf das KZ in Hallein beziehen, wurden kurzerhand herausgeschnitten.

Aus der Vergangenheit lernen für die Zukunft

Der Nationalsozialismus wurde besiegt, doch auch heute noch ist Rassismus ein Bestandteil des Systems. Er erscheint nur mit einem anderen Gesicht – als Menschenverachtung und Ausgrenzung. Ein deutliches Beispiel für Staatsrassismus ist die Ermordung des Afrikaners Seibani Wague durch Polizei- und Rettungsleute vor einem Jahr. Ein weiteres erschreckendes Beispiel ist, wie in Österreich mit Asylsuchenden umgegangen wird. Die Not der Flüchtlinge wird von Gemeindepolitikern als Wahlkampfpropaganda missbraucht und dadurch wird die Bevölkerung gegen die Asylwerber aufgehetzt. Wenn die Asylsuchenden Glück haben, bekommen sie Unterkunft in einer sog. „Betreuungseinrichtung“. Doch statt der erhofften Betreuung und Hilfe bei der Integration, begegnen ihnen auch dort nur allzu oft Unverständnis und Ignoranz. Die Opfer der Verachtung durch das herrschende System sind nicht nur Einwanderer und Asylsuchende, sondern allgemein schwächere Bevölkerungsgruppen oder Minderheiten, wie man am Beispiel der Punks am Grazer Hauptplatz sieht. Nur durch unsere Einigkeit haben wir die Stärke und Ausdauer gegen Rassismus, Faschismus und Menschenverachtung wehren.

erschieden in: Talktogether Nr. 10/2004